

Forderungen

der Expert*innengruppe Kultursensible Selbsthilfe

*Die Expert*innengruppe Kultursensible Selbsthilfe ist ein Netzwerk von Spezialist*innen mehrerer sozialer Organisationen in Deutschland, die sich für eine begrenzte Zeit zusammengefunden hat. Sie wurde von der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. im Rahmen des Projektes „Für uns mit uns“ ins Leben gerufen, um gemeinsam an einem Papier zur Verbesserung des Zugangs und der Nachhaltigkeit kulturdiverser Selbsthilfegruppen zu arbeiten.*

Stärkung und Förderung kultureller Diversität in der Selbsthilfe

Migration und Selbsthilfe in Deutschland

Die Selbsthilfe in Deutschland hat sich im Bereich der gesundheitlichen Versorgung zu einem festen Bestandteil des Gesundheits- und Sozialsystems entwickelt. So stellt das Bundesministerium für Gesundheit auf seiner Homepage fest, dass sich rund 3,5 Millionen Menschen in Deutschland in der Selbsthilfe engagieren und gängigen Schätzungen zufolge bundesweit rund 100.000 Selbsthilfegruppen zu fast jedem gesundheitlichen und sozialen Thema existieren.¹

Deutschland hat eine von Vielfalt geprägte Bevölkerung und „eine lange Geschichte als Einwanderungsland“.² Nach Erhebungen des Mikrozensus 2020 leben 21,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland – das entspricht 26,7 % der deutschen Bevölkerung.³

Eine diversitätsorientierte und transkulturelle Öffnung der sozialen Dienste und Einrichtungen ist jedoch nicht in allen Bereichen des Sozial- und Gesundheitswesens flächendeckend etabliert. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte finden oft schwerer Zugang zu sozialen Diensten und Einrichtungen und haben damit häufig geringe Teilhabemöglichkeiten. Informationsdefizite über soziale Hilfestrukturen und Dienstleistungen, Sprachbarrieren sowie sichtbare und unsichtbare

¹ Bundesministerium für Gesundheit:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/s/selbsthilfefoerderung.html>, 27.06.22

² Bundeszentrale für politische Bildung:

<https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/196652/einwanderungsland-deutschland>, 27.06.22

³ Statistisches Bundesamt: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/_inhalt.html, 27.06.22

Ausgrenzungsmechanismen hindern sie daran, Unterstützung auf gleicher Augenhöhe und in vollem Umfang in Anspruch zu nehmen. Dies gilt insbesondere für neu zugewanderte Menschen und Migrant*innen der ersten Generation.

Deutschland hat sich nach der Ratifizierung 2009 zur UN-Behindertenrechtskonvention bekannt, womit die Teilhabe aller Menschen als Ziel formuliert wurde. Die Selbsthilfe ist ein partizipatives Element der Teilhabe. Daher sind eine strukturelle Verankerung und dauerhafte Finanzierung der Selbsthilfe unabdingbar. Das gilt im besonderen Maße für kultursensible und bedarfsspezifische Selbsthilfegruppen. Sie benötigen eine kontinuierliche und längerfristige Begleitung.

Wir begrüßen, dass sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag beispielsweise für die Ausweitung von Gesundheitsdienstleistungen im ländlichen Raum ausgesprochen bzw. sich wie folgt geäußert hat:

„Gesundheitliche und pflegerische Versorgung muss zukunftssicher, bedarfsgerecht und wohnortnah sein. Dafür werden wir die sektorenübergreifende Versorgung weiter stärken, auch durch mehr Spielräume für regionale Modellprojekte und verbindliche Mitgestaltungsmöglichkeiten.“⁴

Die Bundesregierung sollte sich darüber hinaus auch für die strukturelle Ausweitung und die finanzielle Absicherung der kulturell diversen Selbsthilfe einsetzen.

Lücken in der Förderung von Selbsthilfe in Deutschland

Aktuell werden kultursensible Selbsthilfegruppen hauptsächlich über § 20 h Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) gefördert. Sie sind insbesondere projektgebunden finanziert und zeitlich begrenzt. In den kultursensiblen Selbsthilfegruppen wird die professionelle Begleitung als Notwendigkeit anerkannt. Dies stellt nach den Förderrichtlinien der gesetzlichen Krankenversicherung häufig eine Schwierigkeit dar. Insbesondere wenn die Begleitung über eine Startphase von ein paar Terminen hinaus geplant ist und finanziert werden soll.

Bundesweit geltende Regeln für eine strukturelle Verankerung und eine Regelfinanzierung kultursensibler Selbsthilfegruppen gibt es nicht. Eine solche ist jedoch notwendig, um nachhaltig zu wirken und einer möglichst großen Gruppe von Menschen Teilhabe zu ermöglichen.

Eine pauschale Förderung von kultursensiblen Selbsthilfegruppen ist somit unabdinglich, um die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zu sichern. Nur strukturell verankerte und regelfinanzierte Angebote können langfristig ihr Erfolgspotenzial entfalten.

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und die Inanspruchnahme von Selbsthilfegruppen

Die strukturierte Selbsthilfe wie sie in Deutschland etabliert ist und gelebt wird, ist zugewanderten Menschen anderer Muttersprachen weitgehend unbekannt und wird von ihnen nur geringfügig in Anspruch genommen. Ein Grund dafür ist, dass diese Form der Selbstorganisation in den Herkunftsländern oft nicht bekannt ist, bzw. nicht gefördert wird. Ein anderer Aspekt ist, dass bei

⁴ Koalitionsvertrag der Bundesregierung „Mehr Fortschritt wagen“ S. 129

Unterstützungsbedarf auf familiäre Hilfesysteme und die Unterstützung aus den eigenen „Communities“ zurückgegriffen wird, was häufig zu physischer und psychischer Überlastung in den Familien führt. Auf diese Weise kann das Fachwissen und die entlastende Wirkung der Selbsthilfegruppen nicht genutzt werden.

Die Erfahrung aus bundesweit unterschiedlichen Projekten hat jedoch gezeigt, dass auch Menschen mit Zuwanderungsbiografien und anderen Muttersprachen Selbsthilfegruppen brauchen und diese in Anspruch nehmen. Voraussetzung für die Nutzung sind niedrigschwellige Zugänge und eine diversitäts- und kultursensible Haltung sowie eine qualifizierte Fachbegleitung bei der Umsetzung der Selbsthilfegruppen.

Herausforderungen für Trägerorganisationen in der Förderung von Diversität und Transkulturalität in Selbsthilfegruppen

Im Rahmen der Begleitung kulturell diverser Selbsthilfegruppen erfüllen Trägerorganisationen wichtige Aufgaben wie die Entwicklung eines Konzeptes zur diversitätsorientierten und transkulturellen Öffnung, die Erstellung von Informationsmaterialien in einfacher Sprache und in den Muttersprachen der größten Migrant*innengruppen in Deutschland. Darüber hinaus unterstützen Trägerorganisationen die Konzipierung und Durchführung von Fort- und Weiterbildungen sowie Empowerment-Formaten.

Um Selbsthilfegruppen flächendeckend und barrierefrei zugänglich zu machen, sollten entsprechende Angebote refinanziert werden, so dass ihr Aufbau und ihre nachhaltige Förderung für mögliche Trägerorganisationen auch finanziell möglich wird.

Transkulturelle und diversitätssensible Selbsthilfegruppen brauchen eine qualifizierte Fachbegleitung

Neben starken Trägerorganisationen brauchen transkulturelle und diversitätssensible Selbsthilfegruppen eine qualifizierte Fachbegleitung, die an den sprachlichen und kulturellen Bedarfen der Zielgruppe orientiert ist. Wichtig ist es, Teilnehmer*innen eine barrierefreie und niedrigschwellige Teilhabe zu gewähren.

Der Aufgabenbereich einer Fachbegleiter*in umfasst intensive Moderations- und Akquise-Arbeit sowie den Aufbau guter Netzwerke: Die Begleitung leistet Kontaktarbeit mit NGOs und Beratungseinrichtungen, um die Klientel zu erreichen und diese bei Bedarf in Regeldienste weiterzuvermitteln, gewinnt geeignete Fachreferent*innen oder organisiert Kooperationen mit Sprachmittler*innen. So hilft die Begleitung Informationslücken zu minimieren und ist Bindeglied zwischen Trägerorganisation und Selbsthilfegruppe. Darüber hinaus sind Fachbegleiter*innen Vertrauenspersonen, die den Gruppenmitgliedern Sicherheit geben und einen überschaubaren Rahmen schaffen, in dem vertrauensvolle Begegnung und Austausch möglich werden. Sie ermutigen Teilnehmende die Gruppe aktiv mitzugestalten, sich in die Gesellschaft einzubringen und stärken ihr Selbstbewusstsein. Diese Aufgaben können also weder zeitlich noch inhaltlich aus den eigenen Reihen der Klient*innen bzw. von den rein ehrenamtlichen Tätigen bewerkstelligt werden.

Die Bundesregierung bzw. die Landessozialminister*innen sollten sich darüber verständigen, wie eine Regelfinanzierung für eine qualifizierte Fachbegleitung von transkulturellen und diversitätssensiblen Selbsthilfegruppen strukturell sichergestellt werden kann.

Gesundheitsförderung im Koalitionsvertrag

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wird eine „regelmäßig fortgeschriebene Digitalisierungsstrategie im Gesundheitswesen [...] mit besonderem Fokus auf die Lösung von Versorgungsproblemen und die Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer [...] zur Förderung sozialer Teilhabe“⁵ mit der Unterstützung von Videosprechstunden und Telemonitoring angekündigt. Des Weiteren soll ein Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen erarbeitet werden. In diesem werden Menschen mit Behinderung als Zielgruppe genannt. Auch mehrfach marginalisierte Gruppen, wie Menschen mit Behinderung und Migrationsbiografien, müssen bei diesen Angeboten explizit einbezogen werden.

Unsere Forderungen an die Politik zur nachhaltigen Etablierung der Selbsthilfe als diversitätssensibles Angebot

- 1. Flächendeckende, strukturelle Verankerung von transkulturellen und diversitätssensiblen Selbsthilfegruppen**
- 2. Eine auskömmliche Finanzierung für eine qualifizierte Fachbegleitung von transkulturellen und diversitätssensiblen Selbsthilfegruppen**
- 3. Berücksichtigung der Selbsthilfegruppen im Aktionsplan der Bundesregierung bei der Schaffung von diskriminierungs- und barrierefreien Zugängen zur Gesundheitsförderung**

⁵ Koalitionsvertrag der Bundesregierung „Mehr Fortschritt wagen“ S. 83-84

Dieses Forderungspapier wurde von der Expert*innengruppe Kultursensible Selbsthilfe erstellt. Mitglieder sind:

Yıldız Akgün, MINA-Leben in Vielfalt e.V.

Wolfram Buttshardt, Diakonie Michaelshoven, für die Diakonie Deutschland

Nora Lori Demirbilek, Handicap International e.V.,

Arbeitsbereich Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung.

Dr. Silva Demirci, Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.

Marianne Freistein, Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V.,

Fachstelle Migration & Behinderung

Dr. Dinah Kohan, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

Christina Kuhn, Demenz Support Stuttgart gGmbH

Andrea Orbig, Lebenshilfe Frankfurt am Main e. V.

Dr. Anja Rutenkröger, Demenz Support Stuttgart gGmbH

Feray Şahin, Paritätischer Landesverband Baden-Württemberg

Marius Schlichting, Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von

Menschen mit Behinderung, chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V.

Prof. Dr. Dr. Hürrem Tezcan-Güntekin, Alice-Salomon-Hochschule Berlin



Alice Salomon Hochschule Berlin
University of Applied Sciences



Landesverband
Berlin e.V.



Demenz Support Stuttgart
Zentrum für Informationstransfer



Zentralwohlfahrtsstelle
der Juden in Deutschland e.V.

Kontakt:

Dr. Silva Demirci

Referentin für Migration und Behinderung

Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.

Hermann-Blankenstein-Straße 30, 10249 Berlin

Tel.: 0 30/20 64 11-1 32

E-Mail: Silva.Demirci@Lebenshilfe.de

www.lebenshilfe.de